



## NEWSLETTER NOVEMBER

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

in wenigen Wochen startet die UN-Klimakonferenz in Paris. Die Erwartungen sind groß, doch was der Gipfel am Ende bringen wird ist noch nicht abzusehen. Daran trägt auch die deutsche Regierung eine Mitschuld. Es passt nicht ins Bild, auf nationaler Ebene Gesetze zur milliarden-schweren Subventionierung der klimaschädlichsten Form der Stromerzeugung – der Braunkohle – zu schreiben, auf internationaler Ebene aber mit dem Zeigefinger auf Staaten wie die USA oder China zu zeigen. Daher bleibt nur zu hoffen, dass die Große Koalition Klimaschutz national wie international endlich als Chance ergreift.

Genau diese Rolle fordern wir auch bei den Verhandlungen auf EU-Ebene für strengere Tests und umfassendere Untersuchungen bei den Abgaswerten von Autos. Der Betrug von Volkswagen hat gezeigt, dass das aktuelle System zur Kontrolle der Abgas-Emissionen nicht funktioniert. Gerade die deutsche Bundesregierung steht hier in der Verantwortung. Sie darf nicht weiter auf die Bremse treten. Was wir brauchen, sind erstens eine unabhängige EU-Behörde statt Kleinstaaterei und zweitens Abgastests unter realen Bedingungen statt in abgeschirmten Labors. Dabei ist auch klar: Diesel- und Benzinmotoren haben keine langfristige Perspektive mehr, denn sie passen nicht in eine dekarbonisierte Welt. Die deutsche Automobilindustrie wird mittel- und langfristig nur eine Zukunft haben, wenn sie, vor allem mit Elektroautos, konsequent auf CO<sub>2</sub>-freie Mobilität setzt. Dazu muss die Bundesregierung endlich den notwendigen Rahmen schaffen.

Doch lesen Sie am besten selbst mehr über diese und viele weitere spannende Themen in meinem aktuellen Newsletter.

Ihr/euer  
Oliver Krischer

### ***Energie/Umwelt***

- 1) Kohle-Deal der Bundesregierung belastet Stromkunden und Energiewende**
- 2) Erdverkabelung als Beitrag zur Akzeptanz des Stromnetzausbaus**
- 3) Trauriger Rekord: Deutschland ist Müll-Europameister**
- 4) Bundesregierung verliert Klage um Klage beim Europäischen Gerichtshof**
- 5) Umsetzungsgesetz keine Waffe gegen die Biopiraterie**
- 6) Grüne Klimakonferenz „Zukunftswerkstatt Klimaschutz“**

## **Agrar/ Ernährung**

- 7) **Krebserregendes Pflanzenschutzmittel Glyphosat: Offener Brief an die EU-Kommission**
- 8) **Große Koalition hat offenbar kein Herz für Tiere**
- 9) **Welternährungstag überflüssig machen**
- 10) **Wasserversorger fordern Schutz des Trinkwassers**

## **Verkehr/ Bauen/ Wohnen**

- 11) **Der Abgas-Skandal und die unrühmliche Rolle des Dobrindt-Ministeriums**
- 12) **VW-Abgasmanipulation: Fiasko für Konzern und Bundesregierung**

## **Energie/Umwelt**

### **1) Kohle-Deal der Bundesregierung belastet Stromkunden und Energiewende**

Anfang November will die Bundesregierung im Bundeskabinett das Strommarktgesetz sowie die dazugehörigen Verordnungen der Kapazitätsreserve sowie der Kohlereserve und damit den Einstieg in die Subventionierung der Braunkohle verabschieden. Obwohl es bei der Kohlereserve weiterhin massive Bedenken von Seiten der EU-Kommission gibt, handeln Union und SPD nach dem Motto: Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Bereits bei der PKW-Maut ist die Bundesregierung mit dieser Politik des Ignorierens von europarechtlichen Bedenken kläglich gescheitert. Während beim Ausbremsen der Erneuerbaren Energien und der Bürgerenergie immer das EU-Beihilferecht als Begründung herhalten muss, ignoriert die Bundesregierung bei der Kohlereserve alle Bedenken aus Brüssel und versucht die Subventionen für RWE, MIBRAG und Vattenfall durch politischen Druck gängig zu machen. Dennoch hat das Bundeswirtschaftsministerium in Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit den Braunkohle-Konzernen einen Deal geschlossen. Künftig sollen acht Kraftwerksblöcke für vier Jahre in eine Kohlereserve überführt werden. Dieser Deal ist vor allem eines: Ein fettes Geschenk an die Kohlekonzerne auf Kosten von Stromkunden und Steuerzahlern. Weitere Infos zum Strommarktgesetz der Bundesregierung [HIER](#).

### **2) Erdverkabelung als Beitrag zur Akzeptanz des Stromnetzausbaus**

Mitte Oktober fand die [Anhörung zum Netzausbau im Wirtschaftsausschuss](#) des Bundestages statt. Dabei ging es vor allem um den neuen Erdkabelvorrang bei der Höchstspannungsgleichstromübertragung (HGÜ). Nachdem die Bundesregierung bisher Erdkabel bei HGÜ weitestgehend abgelehnt hat, sollen nun die HGÜ-Leitungen, SüdLink sowie Korridor D komplett erdverkabelt werden. Richtig ist: Der Vorrang der Erdverkabelung kann helfen, den Netzausbau für AnwohnerInnen verträglicher zu gestalten. Aber mit der kompletten Erdverkabelung fällt die Bundesregierung von einem Extrem ins Andere: Zum einen ist komplette Erdverkabelung sehr teuer, zum anderen schafft sie neue Konflikte, z. B. dort, wo schützenswerte Waldgebiete betroffen sind, weil hier wiederum eine Freileitung weniger eingriffsintensiv sein kann. Die Bundesregierung scheint bei dem Thema nicht in der Lage zu sein, angepasste Lösungen und Maß und Mitte zu finden. Problematisch bleiben weiterhin die Regelungen, die die Bundesregierung zu den Erdkabel-Pilotstrecken im Drehstrombereich (EnLAG) vorsieht. Es ist nicht zu erklären, warum HGÜ-Leitungen komplett verkabelt werden, Anwohner von EnLAG-Leitungen aber außerhalb von wenigen Pilotstrecken selbst bei höchstem Konfliktpotenzial keine Chance auf ein Erdkabel haben. Auch hier sind neue Konflikte vorprogrammiert. Wir fordern daher, die Erdverkabelung auch für alle EnLAG-Leitungen grundsätzlich möglich zu machen. Wir hoffen auf ein Einsehen der Großen Koalition in der abschließenden Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 04. November.

### **3) Trauriger Rekord: Deutschland ist Müll-Europameister**

Deutschland ist Europameister! Wir produzieren mit Abstand am meisten Verpackungsmüll in der gesamten EU – insgesamt und pro Kopf. Dies beweist die Antwort des Umweltministeriums

auf eine [Kleine Anfrage „Zunahme von Verpackungsmüll“](#) der Grünen Bundestagsfraktion. Allein die Menge von Kunststoffverpackungen hat seit 2009 um fast ein Drittel zugenommen. Die wesentlichen Gründe: Es wird immer mehr außer Haus konsumiert und die immer kleineren Einheiten im Handel nehmen zu. Verpackungen von sogenannten "schnelldrehenden Konsumgütern", also Getränken, Nahrungsmitteln und Haustierfutter, machen zwei Drittel aller Verpackungsabfälle in privaten Haushalten aus. Die Bundesregierung tut hier nichts und will nicht einmal ein quantifiziertes Ziel für weniger Verpackungen vorgeben. Mehr Infos gibt es [HIER](#).

#### **4) Bundesregierung verliert Klage um Klage beim Europäischen Gerichtshof**

Schlechtes Timing: Am gleichen Tag, an dem eine Änderung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes (UmRG) im Parlament beschlossen wird, erfolgt eine neue „Verurteilung“ der Bundesrepublik durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) wegen weiterer rechtswidriger Umsetzungen im gleichen Gesetz. Das UmRG sichert elementare Rechte der BürgerInnen, um sich gegen rechtswidrige Entscheidungen der Behörden bei der Genehmigung von Vorhaben zur Wehr setzen zu können. Hier versuchten die letzten drei Bundesregierungen, so wenig wie möglich zuzulassen. Die Folge: eine Klage nach der anderen vor dem EuGH, mit immer dem gleichen Ergebnis: Klage verloren – und häppchenweise Nachbesserungen des Gesetzes. Hintergründe und weitere Infos gibt es [HIER](#).

#### **5) Umsetzungsgesetz keine Waffe gegen die Biopiraterie**

Wenn ein Pharmakonzern Millionenprofite mit einem Wirkstoff macht, den er z. B. aus dem Tropenwald gewinnt und über dessen Wirkungsweise er von der lokalen Bevölkerung erfahren hat (die nichts von den erzielten Gewinnen sieht), dann nennt man das Biopiraterie. Mit dem 2010 verabschiedeten Nagoya Protokoll sollte eben diesen Machenschaften ein Riegel vorgeschoben werden. Doch sowohl auf EU-Ebene als auch in Deutschland bleibt das Einfallstor für Biopiraterie weiterhin offen. Ein schwacher Regelungsrahmen ermöglicht, dass die Aktivitäten der Pharma-, Saatgut- und Lebensmittelindustrie möglichst wenig eingeschränkt werden und ihnen ein Maximum der Ausbeute der genetischen Ressourcen sicher ist. Mehr Infos sowie den Grünen Entschließungsantrag zur Umsetzung gibt es [HIER](#).

#### **6) Grüne Klimakonferenz „Zukunftswerkstatt Klimaschutz“**

Wenige Wochen vor der Weltklimakonferenz in Paris Ende November lud die Grüne Bundestagsfraktion zur „Zukunftswerkstatt Klimaschutz“ nach Berlin. Ziel der Zukunftswerkstatt war es, sowohl die zentralen Hürden als auch entsprechende Lösungsansätze für mehr Klimaschutz zu erörtern. Dabei wurde eine Diskrepanz deutlich klar: auf der einen Seite steht das international vereinbarte Ziel, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen. Auf der anderen Seite die derzeitige tatsächliche Entwicklung hin zu einem globalen Temperaturanstieg von mehr als drei Grad. Bisher reichen die Klimaschutzbemühungen also nicht aus, um die Klimakrise ausreichend abzumildern. In vier Szenarien wurden von den Teilnehmern verschiedene Zukunftsbeschreibungen auf dem Weg ins Jahr 2050 durchgespielt und besonders kritische Aspekte erarbeitet. Ergebnis: Die Ideen und Konzepte für eine soziale und ökologische Transformation sind vorhanden. Es scheitert jedoch zumeist nicht an der Erkenntnis, sondern an der Umsetzung. Mehr zum Konzept der Veranstaltung und den Ergebnissen gibt es [HIER](#).

### **Agrar/ Ernährung**

#### **7) Krebserregendes Pflanzenschutzmittel Glyphosat: Offener Brief an die EU-Kommission**

Die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA erarbeitet in diesen Tagen die entscheidende Empfehlung, ob das „wahrscheinlich krebserregende“ Pflanzengift Glyphosat, das als meistverwendeter Pestizidwirkstoff der Welt gilt, für weitere zehn Jahre in der EU zugelassen wird oder nicht. Bis Anfang November wird die EFSA ihren Bericht an die EU-Kommission überge-

ben. Das ist dann die Entscheidungsgrundlage für die Glyphosat-Neuzulassung. Die EFSA stützt sich bei ihrer Einschätzung vor allem auf den mangelhaften und verharmlosenden Bericht des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR). In einem [fraktionsübergreifenden Offenen Brief](#) haben jetzt Abgeordnete mehrerer Fraktionen aus Bundestag und Europaparlament den EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Vytenis Andriukaitis, dazu aufgefordert, den BfR-Bericht noch einmal gründlich unter die Lupe nehmen zu lassen, bevor die EFSA ihre Empfehlung ausspricht. Alle weiteren Infos zum Thema gibt es [HIER](#).

### **8) Große Koalition hat offenbar kein Herz für Tiere**

91 Prozent der Deutschen wollen klare gesetzliche Regelungen zum Schutz der Tiere. Dieser Wunsch stößt bei der Bundesregierung aber auf taube Ohren. Landwirtschaftsminister Schmidt versucht, mit unverbindlichen Gesprächsrunden, wolkigen Ankündigungen und Prüfaufträgen sein politisches Nichtstun zu kaschieren und ignoriert sogar die zahlreichen Empfehlungen, die der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik in seinem [Gutachten zur Tierhaltung in der Landwirtschaft](#) formuliert hat. Gesunde Tiere aber brauchen Platz, Auslauf, Licht und Beschäftigung. Das fordern wir Grünen mit unseren Anträgen auch immer wieder ein und setzen es in den grün regierten Bundesländern auch um. Doch Tierschutzmaßnahmen brauchen einen bundes einheitlichen Rahmen – den Schmidt nicht schafft. Weitere Infos gibt es [HIER](#).

### **9) Welternährungstag überflüssig machen**

Jedes Jahr am 15. Oktober findet der Welternährungstag statt. Er erinnert an ein eigentlich vermeidbares Leid: Hunger. Noch immer werden viel zu viele Menschen nicht satt oder leiden unter Mangelernährung. Laut offiziellen Zahlen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) leiden heute noch 795 Mio. Menschen unter Hunger. Dabei ist genug für alle da – die Verteilung ist das Problem. Beim Kampf gegen Hunger setzt die Politik der Bundesregierung aber auf agroindustrielle Landwirtschaft anstatt ökologische Anbaumethoden und KleinbäuerInnen in den Mittelpunkt zu rücken, wie es der Weltagrарbericht fordert. Noch immer werden unter dem Deckmantel der Hungerbekämpfung die Märkte vieler Entwicklungsländer für teure Düngemittel, Pestizide und patentiertes Saatgut erschlossen. Wir Grünen fordern eine radikale Wende. Mehr Infos und parlamentarische Initiativen zum Thema [HIER](#).

### **10) Wasserversorger fordern Schutz des Trinkwassers**

Der Verband der kommunalen Wasserversorger (VKU) schlägt Alarm. Immer mehr Wasserversorger fürchten, dass bald nicht mehr genügend unbelastete Rohwasserressourcen für die Trinkwassergewinnung zur Verfügung stehen. Insbesondere Überdüngung ist dafür verantwortlich, dass das Nitrat wahrscheinlich bald technisch aus dem Grundwasser entfernt werden muss, neue unbelastete Quellen gesucht und erschlossen werden oder weite Transportwege für die Wasserversorgung in Kauf genommen werden müssen. Das alles würde natürlich zu steigenden Wasserpreisen für die VerbraucherInnen führen. Wichtig ist aus Sicht der Wasserversorger endlich eine Novellierung der Düngeverordnung, die die Stickstoffzufuhr auf den Pflanzenbedarf zuschneidet und die Verklappung auf den Feldern beendet. Diese Forderungen unterstreichen die bisherigen Anträge der Grünen Bundestagsfraktion zum Thema. Mehr Infos dazu gibt es [HIER](#).

## **Verkehr/ Bauen/ Wohnen**

### **11) Der Abgas-Skandal und die unrühmliche Rolle des Dobrindt-Ministeriums**

Der Skandal um manipulierte Software beim Autokonzern VW hat nicht nur das Unternehmen, sondern die gesamte Branche erschüttert. So ist mittlerweile klar, dass VW weltweit in mindestens 11 Mio. Diesel-Pkw (davon der Großteil in Europa und in Deutschland) Spezial-Software

eingebaut hat, die beim Abgastest das Auto automatisch in ein „Schadstoffsparprogramm“ versetzten, um die Einhaltung gesetzlich vorgeschriebener Abgaswerte zu schaffen. Der Skandal wurde nicht von deutschen Behörden aufgedeckt, sondern von der US-Umweltbehörde EPA. Außerhalb des Tests waren Stickoxid-Emissionen in der Praxis um das 10- bis 40-fache höher als die amerikanischen Grenzwerte. Doch welche Rolle spielte die Bundesregierung und hat sie nicht viel zu lange weggeschaut? Antworten auf diese Fragen finden sich [HIER](#). Greenpeace fordert in einer Online-Petition auf, sich für Realtests auf den Straßen anstelle von Tests im Labor einzusetzen. Wir unterstützen diese Forderung. Eine Protestmail an die Bundesregierung kann [HIER](#) verfasst werden.

## **12) VW-Abgasmanipulation: Fiasko für Konzern und Bundesregierung**

Im Auftrag der Grünen hat der unabhängige Wissenschaftliche Dienst des Bundestages in einem [Gutachten](#) festgestellt, dass VW-Kunden, in deren Auto die Software zur Manipulation der Abgaswerte eingebaut ist, unter gewissen Umständen vom Kauf zurücktreten und den Kaufpreis des Autos zurückverlangen können. Ab einem Mehrverbrauch von drei Prozent könne ein „Sachmangel angenommen werden“, so die Bundestagsjuristen. Das Gutachten ist eine schallende Ohrfeige für Volkswagen und die schwarz-rote Bundesregierung gleichermaßen. Wenn viele Kunden das in Anspruch nehmen, könnte es für den Konzern sehr, sehr teuer werden. Dass hier allerdings nicht die Bundesregierung für Aufklärung im größten Skandal der Automobilbranche in Deutschland sorgt, sondern es erst einer Beauftragung des Wissenschaftlichen Dienstes durch die Opposition bedarf, um die Verbraucherinnen und Verbraucher darüber aufzuklären, welche Rechte sie in Bezug auf ihre manipulierten Dieselfahrzeuge besitzen, ist ziemlich unverschämt. Alle weiteten Infos gibt es [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.